

Henning Jenzen
Krähenfeld 2
38110 Braunschweig

21. April 2010

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Gert Hoffmann
Rathaus
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Sehr geehrter Herr Dr. Hoffmann,

Sie erhalten diesen Brief mit einem hohen Maß an Respekt und der Höflichkeit, die dem **Amt** gebührt.

Braunschweig war vor Ihrer Amtsübernahme eine lebenswerte Stadt und wird es nach Ende Ihrer Amtszeit wieder sein. Ihre Amtszeit ist gekennzeichnet durch einen durchsetzungsstarken Verwaltungsfachmann, dessen Entscheidungen spalten und trennen anstatt zu versöhnen.

Schlossfassade, FBZ, Verkauf von Leitungsnetzen sollen aber nicht Thema sein, sondern die Erweiterung des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg.

Maroder Fuß- und Fahrradwege ungeachtet, Schulen, in die es hinein regnet, investiert die Stadt Braunschweig, je nach Lesart, zwischen 10 und 20 Mio. Euro für die Startbahnverlängerung. Eine Verlängerung, für sich betrachtet, die überhaupt keinen Sinn macht.

Es sei denn, man kennt den Masterplan zur Entwicklung des Flughafens vom Oktober 2002. Seit dem sind acht Jahre vergangen, in denen die betroffenen Bürger, wenn überhaupt, nur bruchstückweise informiert wurden über das, was tatsächlich geplant ist. Und selbst heute geschieht dieses nicht.

Dazu sind folgende Interpretationen möglich:

1. Sie haben die Zeit genutzt, den ganzen Vorgang verwaltungstechnisch wasserdicht zu machen. Schließlich geht es um die Zerstörung des größten Braunschweiger Landschaftsschutzgebietes von 808 ha Größe. Dabei muss sorgfältig gearbeitet werden. Ihre jämmerliche Untere Naturschutzbehörde hat letztendlich aber ganze Arbeit geleistet, inklusive der Weiterleitung von Textbausteinen an die Planfeststellungsbehörde.

2. Ein Oberbürgermeister ist ein viel beschäftigter Mann. Da kann man die Informationsweitergabe schon mal vergessen. Kollektiv, wie es scheint. Haben doch Ihre Fraktionskollegen Kliesch und Sehrt, die immerhin dort beheimatet sind, auch niemanden informiert. Wie drückte es ein Ausbaugegner aus: „Rückgratlose Spießgesellen, denen ein Verwaltungsakt allemal lieber ist, als eine Auseinandersetzung mit den Bürgern.“

Sie sind Mitglied einer demokratisch legitimierten Partei, die nach den letzten Wahlen eine Mehrheit der Einwohnerschaft Braunschweigs vertritt (betrachtet man die Wahlbeteiligung sehen die Verhältnisse allerdings etwas anders aus).

Ein Vorhaben dieser Größenordnung verlangt die Einbindung aller Bürger und Parteien und zwar vor Ort.

Was bedeutet die Verlängerung? Was ist ein Avionik-Cluster? Was bedeutet die Sperrung der Grasseler Straße?

Hier sind Sie Ihrer Verantwortung als Kopf der Verwaltung in keinster Weise nachgekommen. Letztendlich sind auch die anderen Parteien im Rat der Stadt genauso untätig geblieben.

Beruhigend, dass jede Partei ihre Schandflecken hat, inhaltlich und personell.

Im Masterplan ist die Rede von „Impulsinvestitionen“, „positives Entwicklungssignal“, „Ausstrahlungseffekte“, „Chance und Anreiz“ und dergleichen mehr. Theoretische Annahmen über Gewerbegebietsgrößen halten her für möglich Arbeitsplätze.

Soweit, so unklar.

Viel klarer jedoch die Aussage zum Abdrängen der betroffenen Ortschaften in eine Hinterhoflage.

Möchten Sie in einem Hinterhof wohnen, Herr Hoffmann?

Wieso wird dieses seit 2002 verschwiegen? Dieses Vorgehen erinnert an die Vorgehensweise Ihrer früheren Partei, die kein C im Namen hatte.

Sofern Sie bis hier gelesen haben, begleiten Sie mich noch ein Stück, damit verständlich wird, was Sie angerichtet haben.

- Professor Thomas, früherer Leiter des DLR, sah den Standort Braunschweig als nicht gefährdet an, wenn die Verlängerung nicht kommt.
- Aussage der VW-Öffentlichkeitsabteilung zur Verlängerung: „Sie wird nicht benötigt“.
- Der Flughafen Hannover baut für viele Millionen ein Luftfrachtzentrum. Wieso benötigt dann eine Dienstleistungsfirma, die überwiegend im schienengebundenen und motorbetriebenen Verkehr tätig ist, eine Erweiterung ihres Portfolios auf die Luftfahrt in Braunschweig?

Inhaltlich gibt es keinen einzigen Grund für eine Verlängerung der Start- und Landebahn. Dieses konnte bisher plausibel auch von den Herren Gelfert und Manlik nicht erläutert werden.

Allerdings ist hier Seite 12 des Masterplans interessant.

„Ziel einer jeden Entwicklung sein..., ein Standbein aufzubauen, mit dem zumindest ein Teil der entstehenden Kosten gedeckt werden kann... für den Werks- und Geschäftsverkehr regionaler Unternehmen nutzen zu können.“

Aha, zuerst werden Millionen an Steuergeldern versenkt, um dann vielleicht die Möglichkeit von gewerbsmäßiger Nutzung auszuschöpfen.

Bisher war das öffentliche Interesse immer mit der Forschung begründet, mit immerhin einem Start pro Woche.

Auch hier wurden und werden die Bürger in den tatsächlichen Zielen getäuscht.

Nun ja, Polemik und Zynismus führen uns hier nicht weiter. Möchte ich doch nicht den Eindruck erwecken, ein unglücklicher Hinterhofbewohner zu sein oder gar Ihren Zorn auf mich ziehen.

Wäre dieses ganze Verfahren nicht voller Auffälligkeiten, wäre es nicht mehr als eine Provinzposse.

Darin auch ein Highlight (oder auch Tiefpunkt) Ihr Schreiben an den Landesbischof, indem Sie Ihrer Verwunderung und Erstaunen Ausdruck verleihen, dass ein Pfarrer des Ortes einen klaren Standpunkt vertritt. Auch dies ein Zeichen Ihres Amtsverständnisses.

Es gibt viele, die glauben, dass Sie ein Lügner sind. Ein Oberbürgermeister, der wissentlich und gezielt Fakten verfälscht für einen politischen Mehrwert. Aber Lügen würde ein Verstehen voraussetzen, dessen, was erreicht werden soll, was möglich ist und wie man am besten dorthin gelangt.

Eine plausiblere Erklärung ist, dass die geäußerten Worte keine weitergehende Bedeutung haben, nachdem sie gesprochen wurden. So kann man glauben, dass sie real sind.

Eine Vorstellung, die mich erschauern lässt.